

# *Informationsfreiheitsgesetz (IFG)*

Gesetz zur Regelung des Zugangs  
zu Informationen des Bundes

# *Informationsfreiheit*

- ➔ *„Unter Informationsfreiheit, auch Informationszugangsfreiheit beziehungsweise Informationstransparenz, englisch Freedom of Information (FOI) versteht man die Bestrebungen, die verfügbaren öffentlichen Quellen zu erhöhen.“*

Wikipedia zu Informationsfreiheit

# *Sinn und Zweck*

- ➔ Grundsatz, §1, (1):  
„Jeder hat nach Maßgabe dieses Gesetzes gegenüber den Behörden des Bundes einen Anspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen. [...]“
- ➔ Paradigmenwechsel: War bisher das Amtsgeheimnis der Normalfall, soll nun ein Übergang zur Offenheit stattfinden

# *Idee*

- ⇒ Der Bürger hat einen Anspruch darauf, Informationen über staatliches Handeln zu erhalten
- ⇒ Transparenz des Staates gegenüber dem Bürger
- ⇒ Bürger können den Staat kontrollieren

# Historische Entwicklung

|      |  |
|------|--|
| 1766 | Verwaltungstransparenz, Gesetz über die Pressefreiheit, Verfassungsartikel (Schweden)  |
| 1966 | Freedom of Information Act (USA)   |
| 1979 | Empfehlung Nr. 854 (1979) "betr. den Zugang der Öffentlichkeit zu Regierungsunterlagen und die Informationsfreiheit" (Europarat) |
| 1994 | Umweltinformationsgesetz (Deutschland)   |
| 1998 | Informationsfreiheitsgesetz (Brandenburg)  |
| 1999 | Informationsfreiheitsgesetz (Berlin)   |
| 2006 | Informationsfreiheitsgesetz des Bundes (Deutschland)   |

# *Wirkungsbereich*

- ➔ Behörden des Bundes, Bundesorgane und -einrichtungen, soweit sie öffentlich-rechtliche Verwaltungsaufgaben wahrnehmen
- ➔ 10 von 16 Bundesländern haben eigene Informationsfreiheitsgesetze
- ➔ Für einige Bereiche Spezialgesetze (Umweltinformationsgesetz) mit ähnlicher Intention

# *Voraussetzungsloser Anspruch*

- ➔ Jede natürliche Person, keine Einschränkungen
- ➔ Anfrage nach Informationsfreiheitsgesetz muss nicht begründet werden

# *Ausnahmen*

- ➔ § 3 Schutz von besonderen öffentlichen Belangen
- ➔ § 4 Schutz des behördlichen Entscheidungsprozesses
- ➔ § 5 Schutz personenbezogener Daten
- ➔ § 6 Schutz des geistigen Eigentums und von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen



# §3 *Schutz von öffentlichen Belangen*

- ⇒ §3, (1) Beeinträchtigung von sicherheitspolitischen Interessen (innen und außen), Finanzkontrolle und Regulierung, laufende Gerichtsverfahren
- ⇒ §3, (2) „wenn das Bekanntwerden der Information die öffentliche Sicherheit gefährden kann“

# §3 *Schutz von öffentlichen Belangen*

- ➔ §3, (8) „gegenüber den Nachrichtendiensten sowie den Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen des Bundes, soweit sie Aufgaben im Sinne des § 10 Nr. 3 des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes wahrnehmen.“ (BND, BKA, MAD)
- ➔ Unterschied zu USA – dort häufig populäre Fälle im Zusammenhang mit dem FBI.

# §4 Schutz beh. Entscheidungsprozesses

- ➔ §4, (1) „Der Antrag auf Informationszugang soll abgelehnt werden für Entwürfe zu Entscheidungen sowie Arbeiten und Beschlüsse zu ihrer unmittelbaren Vorbereitung, soweit und solange durch die vorzeitige Bekanntgabe der Informationen der Erfolg der Entscheidung oder bevorstehender behördlicher Maßnahmen vereitelt würde. [...]“

# §5 *Schutz personenbezog. Daten*

- ➔ §5, (1) „Zugang zu personenbezogenen Daten darf nur gewährt werden, soweit das Informationsinteresse des Antragstellers das schutzwürdige Interesse des Dritten am Ausschluss des Informationszugangs überwiegt oder der Dritte eingewilligt hat. [...]“
- ➔ Konfliktfall Datenschutz versus Informationsfreiheit, Abwägung

# §6 *Schutz geistigen Eigentums*

- ➔ §6 „Der Anspruch auf Informationszugang besteht nicht, soweit der Schutz geistigen Eigentums entgegensteht. Zugang zu Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen darf nur gewährt werden, soweit der Betroffene eingewilligt hat.“
- ➔ Siehe Beispiele NEDAP, Toll Collect
- ➔ Keine Abwägung

# *§7 Antrag und Verfahren*

- ➔ Entscheidung bei angefragter Behörde
- ➔ Bei teilweisem Anspruch und vertretbarem Aufwand Herausgabe mit geschwärzten Passagen
- ➔ Informationen mündlich, schriftlich oder elektronisch, Antragsteller darf Kopien, Fotografien und Abschriften anfertigen
- ➔ Informationszugang soll innerhalb eines Monats gewährleistet werden

# *§10 Gebühren und Auslagen*

- ➔ Für Informationszugang werden Gebühren erhoben, außer für einfache Auskünfte
- ➔ Gebühren sind so zu gestalten, dass der Informationszugang nach §1 wirksam in Anspruch genommen werden kann
- ➔ Innenministerium ist befugt, Gebührensätze festzulegen

# ***§11 Veröffentlichungspflichten***

- ➔ Behörden sind verpflichtet, Verzeichnisse über verfügbare Informationen zu führen
- ➔ Behörden werden ermutigt, Informationen elektronisch verfügbar zu machen



# §12 Bundesbeauftragter f. IF

- ➔ Der Bundesbeauftragte für Datenschutz ist gleichzeitig Bundesbeauftragter für Informationsfreiheit
- ➔ Zuständig für Vermittlung im Konfliktfall, regelmäßige Berichte über die Anwendung des Informationsfreiheitsgesetzes
- ➔ Amtsinhaber: Peter Schaar



# Beispiel Wahlcomputer

➔ Wahlcomputer der Firma NEDAP, eingesetzt bei der Bundestagswahl 05



➔ Antrag des c't-Autors Richard Sietmann auf Einsicht in die Prüfberichte der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt

➔ Freigabe des Ergebnisberichts, aber nicht der für das Verständnis notwendigen technischen Anlagen

# *Beispiel Wahlcomputer*

- ➔ Klage vor dem VG Braunschweig
- ➔ Abgewiesen, Gesetzestext sieht bei Geschäftsgeheimnissen keine Interessenabwägung vor
- ➔ Kostenbescheid von 240 EUR
- ➔ Neuere Entwicklung: Wahlcomputer durch Bundesverfassungsgericht im März 2009 weitgehend verboten

# *Beispiel Toll Collect*

- ➔ Verträge zwischen Toll Collect und der Bundesregierung / Verkehrsministerium (17.000 Seiten)
- ➔ Antrag von Jörg Tauss, MdB (damals SPD, heute Piratenpartei)



# *Beispiel Toll Collect*

- ➔ Abgelehnt wegen §6 (Geschäftsgeheimnis)
- ➔ Verkehrsministerium lehnt Herausgabe einer um Geschäftsgeheimnisse bereinigten Version ab, da hierfür der notwendige Sachverstand fehle
- ➔ Klage durch Jörg Tauss im Juni 2008 durch das Verwaltungsgericht Berlin abgelehnt

# *Beispiel Tacheles / BA*

- ➔ Antrag des Arbeitslosenvereins Tacheles auf Herausgabe interner Dienstansweisungen der Bundesagentur für Arbeit (Anfang 2006)
- ➔ BA verweigert bzw. verzögert Herausgabe
- ➔ Verhandlung am Sozialgericht Düsseldorf, BA verpflichtet sich, die geforderten Dokumente online verfügbar zu machen

# *Debatte BaFin / Bundesbank*

- ➔ Vorschlag, BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen) und Bundesbank vom IFG auszunehmen
- ➔ Initiative von Horst Seehofer, Vorschlag des Bundesrates, Dezember 2008
- ➔ Ablehnung durch mehrere SPD-Politiker, keine Abstimmung vor der Bundestagswahl

# *Bilanz*

- ➔ Stellungnahme der Bundesregierung auf eine Anfrage, Februar 2009
- ➔ 2008: 1548 Anträge, davon wurde in 618 Fällen vollständiger und in 193 Fällen teilweiser Informationszugang gewährt, 536 Ablehnungen
- ➔ Widerspruchsverfahren in 85 Fällen, 62 Verfahren vor Verwaltungsgerichten anhängig



# *www.befreite-dokumente.de*

- ➔ Projekt von Chaos Computer Club und FoeBuD
- ➔ Sammelpunkt für Dokumente, die mit Hilfe des IFGs „befreit“ wurden
- ➔ Dort auch Hinweise, wie eine Anfrage nach IFG formuliert werden kann
- ➔ Wenig genutzt (jüngste Akte Nov. 2008)



# *Fazit / Einschätzung*

- ➔ Das Informationsfreiheitsgesetz ist eine gute Sache
- ➔ Es ist vielen Menschen nicht bekannt
- ➔ Es besitzt zu viele und zu umfangreiche Ausnahmen

# Quellen

- ➔ *Informationsfreiheitsgesetz vom 5. September 2005 (BGBl. I S. 2722)*, URL: <http://bundesrecht.juris.de/ifg/>; 01.06.2009
- ➔ Bräutigam, Tobias; *Rechtsvergleichung als Konfliktvergleich : Das deutsche Informationsfreiheitsgesetz aus Perspektive des US-amerikanischen und finnischen Rechts (29.11.2008)*, URL: <https://oa.doria.fi/handle/10024/42586>; 02.06.2009
- ➔ Wikipedia; *Informationsfreiheit*, URL: <http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Spezial:Zitierhilfe&page=Informationsfreiheit&id=60597148>; 03.07.2009
- ➔ Wikipedia; *Informationsfreiheitsgesetz*, URL: <http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Spezial:Zitierhilfe&page=Informationsfreiheitsgesetz&id=61901067>; 05.07.2009

# Quellen

- ➔ Tauss, Jörg; *Maut-Vertrag: Klage in erster Instanz abgewiesen - beschwerlicher Weg zur Informationsfreiheit (13.06.2008)*, URL: <http://www.tauss.de/index.php?nr=587&menu=1>; 03.06.2009
- ➔ Bundesverfassungsgericht; *Verwendung von Wahlcomputern bei der Bundestagswahl 2005 verfassungswidrig (03.03.2009)*, URL: <http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg09-019>; 04.06.2009
- ➔ Tacheles e. V.; *Die Bundesagentur für Arbeit hat vor Gericht das Nachsehen (11.06.2006)*, URL: <http://www.tacheles-sozialhilfe.de/aktuelles/2006/informationsfreiheitsgesetz-4.html>; 03.06.2009

# Quellen

- ➔ Bundesregierung; *Bilanz des Informationsfreiheitsgesetzes des Bundes für das Jahr 2009 (06.02.2009)*, URL: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/118/1611851.pdf>; 28.06.2009
- ➔ Peter Schaar; *Tätigkeitsbericht zur Informationsfreiheit für die Jahre 2006 und 2007*, URL: [http://www.bfdi.bund.de/cae/servlet/contentblob/412050/publicationFile/25274/1TB06\\_07.pdf](http://www.bfdi.bund.de/cae/servlet/contentblob/412050/publicationFile/25274/1TB06_07.pdf); 28.06.2009

# *Bildnachweis*

- ➔ Stefan Kühn/Wikipedia; *Mautbrücke*, URL:  
[http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:LKW\\_Maut\\_Deutschland\\_Messbruecke\\_Detail.jpg&filetimestamp=20050815201337](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:LKW_Maut_Deutschland_Messbruecke_Detail.jpg&filetimestamp=20050815201337); 04.07.2009; Creative Commons by-sa 3.0 oder GNU FDL 1.2
- ➔ Chaos Computer Club; *Wahlcomputer*, URL:  
<http://wahlcomputer.ccc.de/presse/bildmaterial/lupe.jpg/view>;  
04.07.2009; frei verwendbar
- ➔ Johannes Böck; *Peter Schaar*, eigenes Bild (re:publica 2009)